

Kein Geld für die Miete? Ratenzahlung kann helfen



Zu Delogierungen soll es während der Corona-Krise nicht kommen. ©APA/HELMUT FOHRINGER
Durch die Corona-Krise wird bei vielen Mietern auch das Geld für die Miete knapp. Experten raten frühzeitig das Gespräch zu suchen und um Ratenzahlungen oder Wohnbeihilfe anzusuchen. Zu Delogierungen soll es nicht kommen.

Wer aufgrund von Kurzarbeit oder Jobverlust seine Miete nicht mehr bezahlen kann, soll sofort Kontakt mit der Hausverwaltung bzw. dem Vermieter aufnehmen und eine Stundung oder Ratenzahlung erbeten, rät Arbeiterkammer-Mietrechtsexperte Walter Rosifka im APA-Gespräch. "Eine gewisse Art von Solidarität in Zeiten wie diesen sollte man schon voraussetzen können. Man muss besonders Betroffenen eine Atempause geben", sagte Rosifka.

Delogierungen werden ausgesetzt

Auch beim Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen (GBV) versucht man, Ängste zu zerstreuen: "Unsere Mieterinnen und Mieter können sich darauf verlassen, dass wir im Falle von krisenbedingten Zahlungsschwierigkeiten individuelle Lösungsmöglichkeiten suchen und finden werden", sagte Christian Struber, Obmann der ARGE Eigenheim, am Montag laut einer Aussendung. Neben

der Aussetzung von Delogierungen würden auch Stundungen und Ratenzahlungen angeboten.

Anton Holzapfel, Geschäftsführer des Österreichischen Verbandes der Immobilientreuhänder (ÖVI), hält den Dialog derzeit für besonders wichtig. "Wenn ein Mieter erkennt, dass es für ihn Probleme geben kann, ist es dringendst geraten, den Vermieter anzurufen und zu reden, damit sie zu Lösungen kommen, die für beide Seiten machbar sind", so Holzapfel zur APA. "Einfach nicht zu zahlen ist sicher die falsche Strategie."

Fristen bis 30. April unterbrochen

Da der Fristenlauf derzeit ausgesetzt ist, rechnet Holzapfel nicht mit Räumungsklagen oder dergleichen. Aufgrund der Corona-Krise hat das Justizministerium Fristen bis 30. April unterbrochen.

Die Mietervereinigung fordert die Einrichtung eines bundesweiten Solidarfonds, ein gesetzliches Rücktrittsrecht für Makler- und Mietverträge und einen Aufschub bei Rückgaben und Übernahmen von Wohnungen bis zum Ende der Ausgangsbeschränkungen. Derzeit seien viele Mieter unverschuldet außerstande, Verträge, die sie noch vor der Krise abgeschlossen hatten, zu erfüllen, so Elke Hanel-Torsch, Landesvorsitzende der Wiener Mietervereinigung. "Ein Rücktrittsrecht würde in vielen Fällen sowohl Mietern als auch Vermietern helfen, langwierige Prozesse zu vermeiden und die Wohnung rascher wiedervermietbar machen", sagte Hanel-Torsch. SPÖ-Wohnbausprecherin Ruth Becher forderte als erste Maßnahme einen Delogierungs-Stopp bis auf Widerruf.

Fonds vom Mieterverband

Für die mehr als 20.000 Mitglieder des Österreichischen Eigentümer- und Vermietersverbands stehe ein 5-Mio.-Euro-Fonds zur Verfügung, um etwaige Ausfälle abzudecken, sagte deren Präsident Günter Moser zur APA. Die Vermieter zahlten monatlich 1,5 Prozent der Bruttomiete in den Fonds ein, um bei Ausfällen auf dieses Geld zurückgreifen zu können.

"Auch wenn die Gesamtsituation für alle Beteiligten, also für Mieter und Vermieter, gleichermaßen schwierig geworden ist, kann es nicht angehen, dass hier eine Verlagerung der Belastungen an die Vermieter abgewälzt wird", heißt es in einer Mitteilung des Verbands. Tausende private Vermieter hätten ebenfalls Kredite für vermietete Wohnungen und Geschäftsräumlichkeiten zu bedienen, welche vorwiegend mit den Mieteinnahmen gedeckt werden müssten. "Ein Mietausfall würde in der letzten Konsequenz zu tausenden Insolvenzen bei den Vermietern führen."